TOP

Haupt- und Finanzausschuss	27.04.2023

öffentlich

Vorlage Nr.	196/2023-11
Stand	21.03.2023

Betreff Mitteilung der Anpassung des Jobtickets in Anlehnung an das Deutschlandticket

Sachverhalt
Der Haupt- und Finanzausschuss

nimmt die Entscheidung der Verwaltung vom 20.03.2023 über die Anpassung des Jobtickets durch das Nachfolgemodell *Deutschlandticket als Jobticket (Fakultativmodell)* für die Beschäftigten zur Kenntnis

Der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) hat der Dienststelle in Anlehnung an das Deutschlandticket die Möglichkeiten zur Umstellung des Jobtickets mitgeteilt.

Die Dienststelle hat unverändert ein großes Interesse, allen Beschäftigten der Stadt Bornheim weiterhin die Möglichkeit zur Nutzung eines Jobtickets anzubieten. So bleibt der Mehrwert für die Beschäftigten, die Steigerung der Attraktivität der Stadt Bornheim als Arbeitgeberin und der Beitrag zur Entlastung der Umwelt erhalten.

Aktuell besitzen 110 Beschäftigte ein Jobticket. Die Abnahmequote von 15% ist konstant. Weitere Steigerungen sind derzeit nicht zu erwarten. Das Deutschlandticket wird bundesweit und zum Preis von 49€ mtl. ab 01.05.2023 gültig sein. Mitnahmemöglichkeiten von Personen oder Fahrrädern sind nicht vorgesehen.

Der Verwaltungsvorstand hat in seiner Sitzung vom 20.03.2023 beschlossen auf das standardisierte bundesweite Fakultativmodell zum 01.05.2023, Laufzeit 1 Jahr, umzustellen. Ein wichtiger Aspekt für die Entscheidung war die Priorisierung der Haushaltskonsolidierung.

Die Inanspruchnahme des Jobtickets bleibt für die Beschäftigten weiterhin freiwillig.

Folgendes Modell wird ab 01.05.2023 das bisherige Jobticket ablösen:

Deutschlandticket als Jobticket (Fakultativmodell) ab 01.05.2023

+ Gültigkeit deutschlandweit/ Anlehnung an das Deutschlandticket
- Wegfall der Mitnahmemöglichkeiten von Personen oder Fahrrädern zu bestimmten Zeiten
+ Wesentlich geringere Kosten für die Dienststelle
+ Der Preis pro Ticket reduziert sich gegenüber dem aktuellen um 9,10€ und kostet die Nutzer ab 01.05.2023 monatlich 34,30€.

- Kostenbeteiligung durch Arbeitgeberzuschuss in Höhe von 25% des monatlichen Grundpreises des Deutschlandtickets von aktuell 49€. Das entspricht einer aktuellen Zuzahlung von 12,25€ für jedes abgenommene Ticket.

- Steigt die Zahl der Nutzer*innen oder der Grundpreis von 49€, steigt auch die Zuzahlung. Bei dem aktuellen Tarif ist die Berechnung der Zahlung ebenso an die Faktoren gekoppelt.
- Zuzahlung der Verkehrsbetriebe in Höhe von 5% als Übergangsabschlag des Grundpreises von 49€

Finanzielle Auswirkungen

Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2021/2022 wurden für das laufende Vertragsmodell Mittel wie folgt eingestellt:

2022	170.000
Ab 2023	240.000 (Finanzplan)

Laufende Modell:

Kosten für das laufende Vertragsjahr: 241.001€

Durch die Umstellung auf das Fakultativmodell zum 01.05.2023 bei den aktuell abgenommenen Tickets

Kosten für das laufende Vertragsjahr:	16.170€
Ersparnis der Verwaltung im laufenden Vertragsjahr	224.830€

Bei theoretischer und nicht wahrscheinlicher Inanspruchnahme eines Jobtickets alle Beschäftigten würde dies eine Ersparnis für die Dienststelle in Höhe von 135.454€ im Vertragsjahr bedeuten.

Auswirkungen auf das Klima

1. Grundeinschätzung

☐ Mit dem Vorhaben ist keine klimarelevante Wirkung verbunden. → weiter bei 3.
☒ Mit dem Vorhaben ist eine klimarelevante Wirkung verbunden. → weiter bei 2.

2. Klima-Test

Die mit dem Vorhaben verbundene klimarelevante Wirkung ist

☒ positiv
☐ negativ
→ weiter bei 3.

3. Begründung

Beitrag zur Entlastung der Umwelt